Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksachenabteilung: Drucksachenabteilung / 1
Landtag, 7. Wahlperiode: 1967-71

16.09.1969 - Nr. 77 Antwort des Senats an die Bürgerschaft

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

Bremische Bürgerschaft (Landtag)

7. Wahlperiode

Drucksachenabteilung I — Mitteilungen und Antworten des Senats

Nr. 77

Antwort des Senats an die Bürgerschaft (Landtag)

vom 16. September 1969

Justizvollzugsdienst im Lande Bremen

(Drucksachenabteilung II Nr. 260)

Auf die Anfrage des Abgeordneten Dr. Sieling und der CDU-Fraktion erteilt der Senat folgende Antwort:

Zu a)

Die Deputation für Justiz und Gefängniswesen hat für die Jahre 1970 und 1971 Anträgen für zusätzliche Ausbildungsstellen zugestimmt. Die Bewilligung und Besetzung solcher zusätzlicher Ausbildungsstellen ist Voraussetzung dafür, daß die jungen Beamten schon mit Beginn ihres Vorbereitungsdienstes intensiver theoretisch ausgebildet werden, als es bisher möglich war. So war es bislang nicht möglich, die jungen Beamten zu einem geschlossenen Einführungslehrgang zusammenzuziehen. Es trifft aber nicht zu, daß sie ihren Dienst ohne jede theoretische Ausbildung verrichten müssen. Außer einer theoretischen Unterweisung in der Anwendung unmittelbaren Zwanges und dem Waffengebrauch findet für sie ein theoretischer Unterricht stundenweise in der Haftanstalt Bremerhaven, in der Jugendstrafanstalt Blockland und in den Strafanstalten Bremen-Oslebshausen statt, um den Beamten wenigstens einige theoretische Kenntnisse im Rahmen ihrer praktischen Diensttätigkeit, soweit wie möglich, zu vermitteln.

Zu b) und c)

Es trifft nicht zu, daß seit Jahren eine Fehlbesetzung von 30 Stellen vorhanden ist. Am Jahresende 1967 waren von 277 Stellen 13 unbesetzt und am Jahresende 1968 von 293 Stellen 11. Anfang 1969 kamen 22 neu geschaffene Stellen hinzu. Zur Zeit sind von 315 Stellen 288 besetzt und 27 frei. Die Besetzung von 14 dieser 27 Stellen durch vorhandene Bewerber steht noch für 1969 bevor, davon 7 bereits zum 1. Oktober 1969.

Um Bewerbungen zu erhalten, werden in den bremischen Tageszeitungen laufend Ausschreibungen veröffentlicht (Mittelaufwand für 1969 bisher insgesamt 2620,— DM). Zur weiteren Werbung plant der Strafvollzugsausschuß der Länder die Herausgabe einer Broschüre als Werbematerial zur Gewinnung von Strafvollzugsbediensteten. Die für diese Werbeaktion erforderlichen Mittel stehen noch nicht fest. Über etwa erforderliche Sondermittel kann daher jetzt noch nicht entschieden werden.

Zu d)

Die größeren Bundesländer führen laufend Fortbildungstagungen durch, u. a. für Bedienstete des Aufsichtsdienstes, des Jugendstrafvollzuges, für Wirtschaftsinspektoren und Küchenbeamte sowie Arbeitsinspektoren. Sie laden dazu auch die kleinen Länder ein. Bremen hat davon im Rahmen der verfügbaren Mittel regen Gebrauch gemacht. Das soll auch in Zukunft geschehen. — Dank der erhöhten Fortbildungsmittel im Jahre 1969 ist es außerdem möglich geworden, erstmals einen Fortbildungslehrgang für 20 bremische Justizvollzugsbedienstete durchzuführen, der in der Zeit vom 22. bis 26. September 1969 im Marschenhof in Wremen stattfindet. Fortbildungslehrgänge für den bremischen Strafvollzug sollen auch in Zukunft stattfinden.

Zu e)

Die Gründe sind in der Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft (Landtag) vom 29. April 1969 betreffend Gesetz zur Änderung des Bremischen Beamtengesetzes genannt.

Zu f)

Gemäß § 181 a des Bremischen Beamtengesetzes ist die Altersgrenze für die Beamten des Aufsichts- und Werkdienstes bei den Justizvollzugsanstalten seit dem 1. Januar 1964 das vollendete 60. Lebensjahr.

Zu g)

Um den bisherigen Stellenschlüssel von 60 (A 5/A 6): 25 (A 7):10 (A 8): 5 (A 9) im Aufsichtsdienst zu verbessern, hat die Deputation für Justiz und Gefängniswesen zum Haushalt 1970 einen Stellenschlüssel von 55:27,5:12,5:5 und zum Haushalt 1971 einen Schlüssel von 50:30:15:5 beantragt. Die Entscheidung über diese Verbesserung liegt bei der Bürgerschaft.

Carl Schünemann Bremen